

Posener Zeitung.

Dreundachtzigster

Jahrgang.

Nr. 164.

Freitag, 5. März.

1880.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 4. März. Der Kaiser hat geruht, den Geheimen Regierungs-Rath und vortragenden Rath im Reichs-Justizamt Ittenbach zum Geheimen Ober-Regierungs-Rath zu ernennen.
Der König hat geruht, den Kreisdeputirten Dr. jur. Karl Wilhelm Oskar Weiß auf Rottin zum Landrath des Kreises Soldin zu ernennen.

Der Gerichtsassessor Wildenrath in Cleve ist zum Notar für den Amtsgerichtsbezirk Neumagen, im Landgerichtsbezirk Trier, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neumagen ernannt worden. Der Rechtsanwalt Wehrhane in Neustadt a. R. ist zum Notar für den Bezirk des königlichen Landgerichts zu Hannover mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neustadt a. R. ernannt worden.

Der König hat geruht: zur Anlegung des Komthurkreuzes zweiter Klasse des königlich württembergischen Friedrichs-Ordens dem Oberst-Lieutenant Hagen à la suite des Westfälischen Jäger-Regiments Nr. 37 und Direktor der Kriegsschule in Kassel die Erhebung zum ertheilen.

Deutscher Reichstag.

12. Sitzung.

Berlin, 4. März. Am Tische des Bundesraths: Chef der Admiralität, Königl. preussischer Staatsminister v. Stosch, Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. v. Schelling, Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt Scholz, Kommissionsrath zum Bundesrath, Kaiserliche Geheimen Räte Dr. Meyer, Eccius u. A.

Der Präsident Graf v. Arnim-Boitzenburg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Minuten.

Die VI. Kommission für die Berathung der Novelle zum Reichsmilitärsgesetz ist gewählt und hat sich konstituiert.

Ohne Debatte wird zunächst die Novelle zum Gesetz über die Pensionierung der Militärpersonen in dritter Berathung definitiv angenommen.

Es folgt die erste Berathung der auf Grund des § 6 des Gesetzes über die Einführung der Civil-Verordnung vom 30. Januar 1877 unter Zustimmung des Bundesraths erlassenen kaiserlichen Verordnung vom 28. September 1879, betreffend die Veränderung der Revision in Rechtsstreitigkeiten.

Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. v. Schelling: Für das Reich ist im Allgemeinen das Reichsgericht als letzte Instanz auch in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten eingeführt, da für die drei großen Privatrechtssysteme Deutschlands, das gemeine, preussische und französische Recht, die entscheidende Rechtsprechung am besten dem Reichsgericht zu überlassen ist. In dieser Beziehung fand kein Widerspruch statt.

Ebenso war man aber darüber einig, daß für die übrigen partikularen Rechte eine Revision durch das Reichsgericht ausgeschlossen und vielmehr lediglich den betreffenden Oberlandesgerichten vorbehalten bleiben müsse. Indessen bedürfen sich die Bezirke der Oberlandesgerichte nicht immer mit den Grenzen der respectiven Einzelstaaten. Es hat sich in Folge dessen durchaus eine Korrektur der bestehenden Gesetzgebung erforderlich gezeigt, welche selbstverständlich von Reichswegen erfolgen muß. Es wird also in Aussicht genommen, das Oberlandesgericht auch dann für die Revision zuständig zu erklären, wenn der Bezirk derselben über die Grenze des Partikularrechts hinausreicht. Die kaiserliche Verordnung hat also diese von allen Seiten als notwendig erkannte Ausschließung des Reichsgerichts bestimmt. Sie ist, wie ich ausdrücklich bemerke, im Einverständnis mit allen Einzel-Regierungen und mit dem Reichsjustizamt erlassen worden, und ich muß dem hohen Hause anheimstellen, in welchem Umfange es eine Prüfung dieser kaiserlichen Verordnung eintreten lassen will, wobei ich der Ansicht bin, daß eine Detailberathung im Plenum wohl kaum indigirt sein und auch kein allgemeines Interesse haben dürfte. Es dürfte sich daher die Ueberweisung an eine Kommission empfehlen.

Abg. Dr. Lasker beantragt darauf, da eine sachliche Prüfung dieser Ergänzung zu den Justiz-Reorganisationsgesetzen unbedingt nöthig sei, die Vorlage einer besonderen Kommission von 14 Mitglieder zu überweisen.

Abg. Dr. Windthorst schießt sich diesem Antrage an, indem er dabei den Wunsch ausdrückt, daß für die wichtige Materie des Rechtsrechts die Revision ausschließlich dem Reichsgericht vorbehalten bleibe.

Das Haus entscheidet sich darauf für den Antrag Lasker.

Das Haus fährt darauf in der zweiten Berathung des Etats für 1880/81 fort.

Das Extra-Ordinarium des Etats des Reichsamts des Innern Kap. 3, Tit. 1-5 (für die kaiserliche Fischzuchtanstalt in Göttingen 24,200 Mark, für die internationale Fischereiausstellung in Berlin 30,000 Mark, für das Germanische Museum in Nürnberg 24,000 Mark, für die Wiederherstellung der Katharinenkirche zu Oppenheim 16,500 Mark, für die Errichtung Zentralafrikas 75,000 Mark) werden ohne Debatte genehmigt.

Tit. 6, zu Remunerationen, Tagelohn und Fuhrkosten der Reichskommission zur Entscheidung der Beschwerden auf Grund des Sozialistengesetzes 39,440 Mark, beantragt

Abg. Kanfer zu streichen. Auf irgend welchen Erfolg von Beschwerden dürfe man nicht mehr hoffen, die Kommission habe sich als Institut der stillen und rechtlichen Garantie nicht bewährt. Der Abg. Lasker hat bei der Schaffung des Sozialistengesetzes gewisse eine Reihe von Anhängeln gegeben, um die nationalliberalen Gewissen zu beruhigen, dazu gehört auch die Einsetzung der Beschwerdekommission. Durch deren Bescheide ist aber eine Aenderung in der Ausführung des Gesetzes nicht herbeigeführt worden. Die Herren Abgeordneten Lasker und Minister Graf Eulenburg versicherten übernehmend, man werde sich an den Wortlaut des Gesetzes, an den geltenden Menschenverstand und an die landläufige Bedeutung der Worte halten. Der sächsische Justizminister hat aber schon damals gesagt, daß in diesem Gesetz wie in der Reichskommission ein Rechtschutz zu finden sei. Wie wenig sich zudem die Kommission an die oben genannten Bedingungen gehalten hat, mögen folgende drei Fälle bezeugen. Der Ortsverein von Strießen bei Dresden, der sich nur mit Gemeinde-Angelegenheiten beschäftigt, wird aufgelöst, die Beschwerde bleibt erfolglos, der ablehnende Bescheid wird folgendermaßen motivirt:

der Verein habe unter dem Einfluß von notorischen Sozialdemokraten gestanden und seine Verwaltung Anlaß zu öffentlichen Vergeren gegeben, wovon übrigens im Gesetze gar nichts steht. Ferner wird darauf hingewiesen, daß ein Mitglied des Vereins auch Mitglied eines Dissidentenbundes gewesen sei. Auf die Protokolle und Beschlüsse des Vereins sei nichts zu geben — der Verein habe u. A. abgelehnt, in die Wahlagitation zu treten, während, wie mein Dresdener Kollege, Herr Ackermann, bezeugen wird, alle sonstigen Vereine um Dresden sich daran betheiligten haben —; er habe den Geist der Unzufriedenheit mit der Ortsverwaltung genährt — vielleicht dadurch, daß er sich mit der Frage der Vermehrung der Straßenlaternen beschäftigte? — Die zweite Entscheidung betrifft die Dresdener Presse, die verboten wurde, weil ihre Leiter Sozialdemokraten seien, während doch Graf Eulenburg hier offiziell erklärt hat, Liebesnächte und Most könnten ruhig Zeitungen gründen, es komme nur auf den Inhalt an. Dem Blatte wird eine Glorifizierung der Nihilisten vorgeworfen, weil es aus der Reichs- und der königlichen Zeitung einen Artikel über die Einrichtung dreier Nihilisten abgedruckt hatte; ferner sollte es politische Anschauungen Anderer verächtlich gemacht haben, weil es gegen die Sebanfeier einen Artikel gebracht hatte. In einem dritten Falle wird von allen bisherigen Grundsätzen durchaus abgewichen; bei dem Verbot der freien deutschen Worte in Breslau heißt es, nur der Inhalt des Blattes, nicht die Redakteure oder der Leserkreis seien entscheidend. Aufgehoben hat die Kommission nur 4 Verbote, betreffend den Kalkulator an der Elbe, die Zittauer Morgen-Zeitung, für welche Dr. Lasker ein Rechtsgutachten ausgearbeitet hatte, die Affsenrede Lassalles von 1848 und die Schaffelsche Quintessenz des Sozialismus. Die Kommission brauchte eigentlich gar nicht zu existieren, und gerade so, wie man einem Handwerker verpöschte Arbeit nicht bezahlt, so bitte ich auch, der Reichs-Kommission ihre Pufferarbeit (Unruhe) nicht mit 39,440 Mark zu bezahlen. Ich hoffe, das Centrum und der Abg. Lasker werden mit mir stimmen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Lasker: Der Vorredner hat eines von mir abgegebenen Rechtsgutachten erwähnt. Ich bemerke, daß ich Rechtsgutachten überhaupt nicht abgebe. Doch pflege ich auf Anfragen, die bei mir schriftlich eingegeben, zu antworten, und es ist möglich, daß der Vorredner eine solche von mir erhaltene Erwiderung im Sinne hat, die vielleicht den fraglichen Gegenstand berührt.

Abg. Kanfer: Ich habe mich auf den Abg. Lasker deshalb bezogen, weil das Sozialistengesetz erst durch die von ihm gestellten Anträge möglich geworden ist. Was das Rechtsgutachten betrifft, so knüpft dasselbe an den bekannten Fall mit dem Verbot der „Zittauer Morgenzeitung“ an; diese Zeitung brachte nach ihrem Verbot eine Notiz des Abg. Lasker, in welcher es hieß, daß dieser das Verbot für unmöglich halte.

Staatssekretär Hofmann: Der Abg. Kanfer hat der Reichs-Kommission vorgeworfen, sie habe verpöschte Arbeiten geliefert, und hat deshalb die Streichung der ausgeworfenen Mittel beantragt. Ich kann vom Abg. Kanfer von seinem Parteistandpunkt aus nicht verlangen, daß er mit der Thätigkeit der Kommission überall einverstanden ist. Aber auch ein sozialdemokratischer Abgeordneter sollte hier im Reichstage gewisse Rücksichten einer mit Bewilligung des Reichstages eingesetzten Behörde entgegenbringen, und ich glaube, daß der Abg. Kanfer diese Rücksichten nicht genommen hat.

Abg. Kanfer: Es ist mir nicht eingefallen, die Reichsbehörden im Allgemeinen anzugreifen; da, wo sie es verdienen, erkenne ich ihre gute Wirksamkeit an. Die Reichskommission hat aber vielfach unrichtig urtheilt, wie ihr unter Anderen durch die „Berliner Volkszeitung“ wiederholt nachgewiesen ist.

Hier wird die Diskussion geschlossen und Titel 6 unter Ablehnung des Antrags Kanfer genehmigt.

Kapitel 8: Einnahme, wird debattelos genehmigt.

Es folgt der mündliche Bericht der Budget-Kommission über die derselben zur Vorberathung überwiesenen Theile des Reichshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1880/81.

Bei dem Etat der Reichs-Justiz-Verwaltung wird zunächst der Etat des Reichsgerichts auf 1,194,000 M. festgestellt, desgleichen Kapitel 11 der Einnahme 123,180 M. (darunter Gerichtskosten 122,400 M.)

Auch der Etat des Rechnungshofes wird anstandslos bewilligt, der Etat des Reichschatz-Amtes in Kap. 9 der einmaligen Ausgaben, Kap. 12 der Einnahme. (In Kap. 9 figuriren unter Anderem 4,343,753 M. als achte Rate der vom deutschen Reiche übernommenen Subvention der St. Gotthard-Bahn.) Schließlich wird auch der Etat der Reichsschuld in Kap. 71 und 72 Tit. 1 und 2 (darunter 8,500,000 M. zur Verzinsung der 4prozentigen Reichsschuld) bewilligt.

Es folgt nach Erledigung der betreffenden Etats der Reichs-Druckerei der Bericht der Budget-Kommission über die Ausgaben in Folge des Krieges gegen Frankreich, der gleichfalls keinen Anlaß zu Diskussionen giebt.

Hierauf werden von der Eisenbahn-Verwaltung die einmaligen Ausgaben Kapitel 11 282,550 M., und Kapitel 12 2,841,861 M. genehmigt, ebenso ohne Debatte die Einnahmen des Reichseisenbahns 2,339 M.

Es folgt hierauf auf Vorschlag des Präsidenten vor Eintritt in die Debatte über den Marine-Etat die Verhandlung über den Antrag des Abg. Dr. Hänel: Den Herrn Chef der Admiralität als verantwortlichen Stellvertreter des Reichskanzlers aufzufordern, einen Bericht über die Katastrophe des „Großen Kurfürsten“ dem Reichstage vorzulegen.

Abg. Dr. Hänel: Es ist keine neue Bitte, welche ich mir an den Herrn Chef der Admiralität zu richten erlaube. Zu wiederholten Malen ist nach den Ursachen der Katastrophe gefragt worden, und weiter, welche Maßregeln der Herr Marine-Minister ergriffen habe, um eine Wiederkehr solcher Ereignisse für die Zukunft auszuschließen. Wiederholt sind wir verpfändet worden, daß erst die Untersuchung abgeschlossen ist. Dieser Abschluß ist nun erfolgt, und ich erlaube mir nochmals die Frage, ob wir endlich einen offiziellen Bericht, nicht einen nicht attestmäßigen in irgend einem Blatt, sondern einen an den Reichstag erstatteten zu erwarten haben. Bevor ich weiter auf die Sache selbst eingehe, möchte ich erst eine Erklärung des Herrn Chefs der Admiralität abwarten.

Chef der Admiralität Staatsminister v. Stosch: Die erbetene Veröffentlichung ist in dem von der Admiralität herausgegebenen Marine-Verordnungsblatt erfolgt; der Forderung der Veröffentlichung ist also, abgesehen vom Inhalt selbst, genügt. Daß diese Veröffentlichung von keiner anderen Stelle gekommen ist, als von der Admira-

lität, darüber glaube ich, ist selbst der Vorredner keinen Augenblick in Zweifel gewesen. Wenn das „Nichtoffiziell“ auf dem Titel des Verordnungsblattes den Anschein gewähren kann, als ob der Artikel nicht offiziell sei, so sei die einfache Uebersicht aus den Akten doch der Nachweis, daß das Material zu demselben niemand anderes als der offiziellen Behörde zu Gebote steht. Das „Nicht-offiziell“ steht auf allen Beilagen des Marine-Verordnungsblattes, was den übrigen noch vorhandenen Veröffentlichungen gegenüber der Behörde die Verantwortung zu nehmen. Es ist ja dieser Bericht zusammen mit anderen Gegenständen im Beifert erschienen, weshalb der Titel desselben unverändert geblieben ist. Was nun den Inhalt dieser Veröffentlichung betrifft, so glaube ich, daß er ein vollständig klares Bild dieses unglücklichen Ereignisses giebt und nur nicht dem vielfach geäußerten Bedürfnis Rechnung trägt, Personen anzugreifen, zu vertheidigen oder überhaupt der Kritik der Öffentlichkeit zu übergeben. Was die Verwaltung in der Sache zu verantworten hat, also die reglementarischen Bestimmungen, die Vorsicht, die nothwendig ist, damit solche Unglücksfälle nicht vorkommen können, so glaube ich, der Bericht weist nach, daß in der Beziehung Alles gechehen ist, was geschehen konnte. Die Frage, ob das Schiff am Tage des Auslaufens seebereit war, ist in dem Berichte durch das Material, das dem Kriegsgericht vorgelegen hat, klar gestellt. Ich glaube also, daß, was einem so schreienden Unglücksfalle gegenüber von der Nation gefordert werden kann, gegeben, daß der Nachweis, daß Alles gechehen ist, um sonstigen Unglücksfällen vorzubeugen, geführt ist. Alles das, was der Kommandostelle angehört, gebührt von jeher nach alten Traditionen dem Kriegsherrn zu entscheiden.

Abg. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode: Wenn ich Anlaß nehme, in dieser Sache von unserer Seite aus das Wort zu ergreifen, so bitte ich, das nicht als Mangel an Theilnahme an dem beklagenswerthen Ereignis deuten zu wollen. Es entspricht unserm Grundfals, daß wir eine Einmischung in die Exekutive der Reichsregierung zu vermeiden suchen, denn namentlich, wenn es sich um ein militärisches Ereignis handelt, das dem Spruch eines Kriegsgerichts unterbreitet war. Daß der Antrag Hänel dazu führen kann, daß die Urtheile der Kriegsgerichte einer parlamentarischen Kritik unterzogen werden, ist nicht zu leugnen; wenn aber der Antrag diejenigen Fragen unberücksichtigt lassen will, welche dem Kriegsgericht zur Entscheidung vorgelegen haben, wenn er sich darauf beschränkt, die mittelbaren Ursachen der Katastrophe zur Kenntniß des Reichstages bringen zu wollen, so hat der Chef der Admiralität dergegenüber die Zustimmung abgegeben, daß die Errichtung eines weiteren obersten Gerichts, als in der Darstellung des Marine-Verordnungsblattes enthalten ist, keinen Interessen widersprechen würde. Die Ursache, daß an tiefergehendes Mistrauen gegen die Verwaltung der Marine vorhanden ist, muß ausgegeben werden. Es muß auch zugegeben werden, daß die Veröffentlichung im Marine-Verordnungsblatt dieses Mistrauen nicht hat beseitigen können. Ueber die Frage aber, welche im System der Marine-Verwaltung liegende Ursachen bei der Katastrophe mitgewirkt haben, enthalte ich mich des Urtheils, denn ohne im Besitze des Materials zu sein, kann ich mir ein volles Urtheil nicht bilden, und auf die Bildung eines halben Urtheils verzichte ich. Wenn aber im Laufe der Untersuchung Mängel hervorgetreten sind, welche mittelbar den Unglücksfall verschuldet haben, und auch in Zukunft die Sicherheit der Schiffe gefährden können, so erwarte ich deren Beseitigung. Aus den angegebenen Gründen und in dieser Erwartung werden wir gegen den Antrag des Abg. Hänel stimmen.

Abg. Dr. Lasker: Da sich unsere Erwartungen, es würde uns ein amtlicher Bericht unterbreitet werden, nicht erfüllt haben, und wir annehmen müssen, es ist nun die endgültige Entscheidung in der ganzen Sache getroffen, so bin ich gezwungen, schon heute in die Verhandlung über diesen Vorfall einzutreten, obgleich ich zugeben muß, daß, wie der Abg. Graf Stolberg erklärt hat, in gewisser Hinsicht das Material nicht genügend unterbreitet ist. Ich gebe dem Grafen Stolberg vollkommen Recht, daß es ein sehr schlechter Vorgang wäre, die Urtheile der Kriegsgerichte zu kritisiren und ihnen ein Urtheil des Reichstages entgegenzustellen. Ich hätte gewünscht, auch die Verwaltung hätte eine solche Kritik nicht gegeben; ich werde aber zeigen müssen, daß sie sich darüber hinweggesetzt hat. Die Vorgänge geben aber nicht bloß den Anlaß, um die Schuld oder Nichtschuld einzelner Personen festzustellen und zu erklären, ob eine Strafe verhängt oder Freisprechung erfolgt ist, sondern es sind genügende Thatsachen vorhanden, um die Einrichtung in der Verwaltung der Marine kritisiren zu können. Denn es ist wahr: es geht ein tiefes Mistrauen gegen die Marine-Verwaltung durch weite Kreise des Volkes. Darauf läuft unsere Bitte hinaus, daß in Zukunft bessere organisatorische Einrichtungen getroffen werden, um die Gefahr auszuschließen, welche mit einer völlig autokratischen Verwaltung und wäre es die eines noch so bedeutenden Mannes, immer verbunden ist. Bei unserer Land-Armee bestehen ja auch Inspektionen, trotzdem dieselbe unzweifelhaft die bewährtesten Männer in ihrer Mitte hat. Von irgend einer selbstständigen Inspektion in der Marine-Verwaltung ist nicht die Rede. Es hat wohl früher die Verwaltung Vorsichtsmaßregeln innerhalb der Administration gehabt; aber gerade nach der Verwaltung des Herrn von Stosch ist eine Kontrollmaßregel nach der anderen entfernt worden, offenbar in der Meinung, daß er weit besser und kräftiger für die Marine eintreten könne, als bei dem Vorhandensein solcher Kontroll-Instanzen. Wenn wir bedenken, daß wir vor anderthalb Jahren nahe daran waren, durch einen einzigen Fehler, der in den Institutionen begründet ist, den dritten Theil unserer Flotte zu verlieren, so scheint es mir besser, daß diese Frage besprochen werde, als wenn man sie mit einem Mantel der Liebe oder der Abneigung verhüllt. Che Herr von Stosch in die Verwaltung eintretet, ist unter Konfignatur des Reichskanzlers und des damaligen Chefs der Flotte, von Aoon, eine Verordnung des Kaisers ergangen, Inhalts deren der Admiralitätsrath, der schon früher eingesetzt war, unter gewissen Umständen und bei gewissen Verhältnissen obligatorisch von der Marine-Verwaltung auszuheben sei. Diese Verordnung ist bis jetzt amtlich noch nicht publizirt, aber sie besteht. Herr von Stosch hat indeffen von diesem Admiralitätsrath niemals Gebrauch gemacht; er hat überdies diese obligatorische Anordnung unter seiner Verantwortung thatächlich wieder aufgehoben, nämlich so, daß jetzt allerdings der Marineath besteht, mit der Befugniß des Chefs der Admiralität, ihn einzuberufen, ohne daß dieser aber dazu verpflichtet wäre. Selbst wenn nun nur eine derartige Befugniß existirte, so wäre es doch ein großer Akt der Verantwortlichkeit, wenn der Chef der Admiralität sich darüber hinwegsetzen wollte. Herr von Stosch hat gegen den Sinn unserer organisatorischen Einrichtungen gehandelt, indem er den Admiralitätsrath nie hörte, gleich

viel ob dies obligatorisch vorgeschrieben oder fakultativ in seinen Willen gestellt war. Das eine würde, sofern dadurch Schaden entstände, eine Verletzung des Gesetzes, das andere eine Verletzung der Amtspflicht darstellen. Die Unglücksfälle, welche die Marine betroffen haben, sind wesentlich dadurch mit verschuldet, daß keine Vorkehrungsregeln getroffen waren, um die Irrthümer und Anschauungen eines einzelnen Mannes beseitigen zu können. Der Bericht über das Unglück vom 31. Mai 1878 ergibt Folgendes: Am 6. Mai ist die erste Anordnung ergangen, nach der die vier Panzerschiffe „König Wilhelm“, „Großer Kurfürst“, „Preußen“ und „Friedrich der Große“ sich vorbereiten sollten, als Geschwader auszugehen. „Friedrich der Große“ wurde darauf zum Ausfahren untauglich; es wurde daher angeordnet, daß an seiner Stelle der Aviso „Falk“ auslaufen sollte, wobei ich bemerke, daß auch dieser nicht seetüchtig war. Als am 27. die Ordre zum Auslaufen gegeben wurde, mußte deshalb der „Falk“ zurückbleiben. Von den Schiffen, die nun ausliefen, war die „Preußen“ das einzige Schiff, welches bisher im Geschwader ausgelaufen war. Der „Großer Kurfürst“ war dagegen ein völlig neues Schiff, das noch nicht einmal gänzlich fertig gestellt war, sondern an welchem noch Arbeiten gemacht werden mußten. Am 27. begab sich der Chef des Geschwaders, Konteradmiral Batsch, an Bord des Flaggeschiffes und nahm eine Inspektion aller Schiffe vor. An demselben Tage war die Ordre von der Admiralität ergangen, die Schiffe in See gehen zu lassen; die Ordre gelangte am 28. Mai in die Hände des Geschwaderchefs und wurde am folgenden Tage ausgeführt. Es heißt in dem Bericht — und das ist besonders wichtig — daß eine richtige Inspektion des Geschwaders nicht vorgenommen worden sei. Dies unterlassen zu haben ist der erste Vorwurf gegen die Verwaltung: der dritte Tag nach der Ausfahrt ist das Datum des Unglückstages. Das Unglück basirt nach dem Bericht des Kriegsgerichts auf folgenden Momenten. Es folgten zuerst die drei Schiffe „Großer Kurfürst“, „Preußen“ und „König Wilhelm“ hintereinander. Später wurde die Ordnung so geändert, daß die drei Schiffe ein Dreieck zu bilden hatten und zwar voran das Flaggeschiff, alle drei Schiffe 400 Meter von einander entfernt, zu einem bestimmten Zeitpunkt aber ist das Kommando in der Weise verändert worden, daß angeordnet wurde, der „Große Kurfürst“ solle näher an das Admiral-Schiff herankommen und zwar auf eine Entfernung von 700 Metern. Nun ist das eine dieser beiden Schiffe 94 Meter lang, das andere 108 Meter lang, und es versteht sich, daß für den Fall, wenn das eine Schiff eine Wendung machen muß, der Art, daß es selbst den Rabin bildet, der den Kreis der Wendung umschreibt, das andere Schiff, wenn es nicht rechtzeitig auszuweichen im Stande ist, mit mathematischer Nothwendigkeit von dem wendenden Schiff getroffen werden muß. Nur wenn das Kommando so übereinstimmt, daß die Wendung des einen Schiffes die Wendung des anderen mitmacht, ist die Vermeidung eines Unglücksfalls möglich. Zu einer bestimmten Zeit, in welcher, wie das Kriegsgericht ausspricht, die Lage eine äußerst gefährliche war, die gefährlichste auf der Reise, trat ein Ereignis ein, welches eine Wendung nothwendig machte bei dem „Großen Kurfürst“, um zwei entgegenkommenden Schiffen aus dem Wege zu geben. Dieselbe Wendung sollte auch nach selbstständigem Kommando von dem Admiralschiff, „König Wilhelm“, gemacht werden. Ich will nur erwähnen, daß in dem Augenblick, wo diese Situation eintrat, weder der Admiral noch der stellvertretende Kommandant auf Deck war, sondern dieses Kommando längere Zeit hindurch die dritte stellvertretende Person, Kapitän-Lieutenant Kausa, hatte. Als der „Große Kurfürst“ wieder seine frühere Stellung einnehmen wollte, und der „König Wilhelm“ gleichfalls das entsprechende Kommando gab, stellte sich heraus, daß das Steuerruder nicht parirt in dem Maße, in welchem der Kommandirende des „König Wilhelm“ dies vorausgesetzt hatte, und der Kommandeur kam in die irige Meinung, daß die Personen am Steuer sein Kommando falsch verstanden hätten und rief ihnen zu, die entgegengesetzte Operation zu machen, die sie bisher gemacht hätten. Zu Folge dessen hatte ein Theil der am Steuerruder befindlichen Personen die entgegengesetzte Operation ausgeführt, und dies war die erste Ursache des Unglücks. Ich gehe hierüber hinweg, daß das Kriegsgericht den kommandirenden Offizier schuldig erkannt hat, seine Pflicht nicht genug wahrgenommen zu haben. Es ist aber zugleich eine Anordnung der Verwaltung, die ich in der That im höchsten Grade als verantwortlich bezeichnen muß. Voriges Jahr erklärte der Admiralschiffchef, es seien nur geübte Leute am Ruder gewesen. Das Ruder war zwar sehr schwer zu handhaben und folgte dem Kommando erst später, nachdem es vorher noch die frühere Bewegung des Schiffes mitgemacht hatte. Hieraus resultirt ein doppelter Vorwurf: es ist zunächst nicht richtig, daß geübte Ruderer am Steuer gestanden haben; nur zwei gehörten zu den älteren gedienten Seeleuten, zwei andere waren neun resp. sieben Monate im Dienst und die letzten beiden hatten gar keine Kenntnis von der Handhabung des Steuerwerks, hatten jedenfalls noch nie mit einem Balancieruder operirt. Auch das Kriegsgericht hat erklärt, daß die Gefährdung der Schiffe und der Menschenleben auf denselben von diesem Umstande abhing, und so mußte doch unzweifelhaft Vorsorge getroffen werden, daß, wie es in allen Flotten der Welt geschieht, Offiziere und Mannschaften wenigstens so auf einander eingeübt sind, daß sie ihre Eigenthümlichkeiten und die der gehandhabten Gegenstände wechselseitig kennen. Im Privatleben würde man das Fehlen derartiger Vorsorge für die unverantwortliche Wirthschaft erklären. Bei vollkommenem Vertrauen der Offiziere zur Mannschaft hätte das Unglück nicht vorkommen können, denn das Kommando wäre nicht falsch verstanden und geübt worden. Erstaunlich allerdings ist das Eintreten so kritischer Momente, um so mehr, als der Admiral Batsch ganz ohne Noth den festen Anschluß der Schiffe an einander angeordnet hatte; erstaunlich und befremdlich im höchsten Grade, daß während der gefährlichen Situation nicht der Admiral, noch sein Stellvertreter, sondern nur ein Unterstellvertreter auf Deck war. Das Kriegsgericht sagt, der Kommandant habe die Gefahr nicht gefühlt, aber eine Person, die die Verantwortung trug, mußte doch vorhanden sein. Der erste Admiral, der Kommandant des Schiffes, unter Deck, ungeübte Leute an einem schwer regierbaren Steuerruder — mehr Unvorsichtigkeiten konnten nicht begangen werden. Das Geschwader, als solches gar nicht geübt, ein seiner Schiffe ganz neu und unerprobt, der „Große Kurfürst“ sogar nach kriegsgerichtlichem Urtheil als „nicht sicher“ bezeichnet! Diese Unachtsamkeit wird sogar zur Entschuldigung für die Offiziere geltend gemacht. Der Umstand mußte also doch auch dem Admiral bekannt sein, und gleichwohl ging er unter Deck, unbekümmert um den Gang dieses und des Flaggeschiffes! Dann kam die Kollision, die unvermeidlich geworden war. Der Chef der Admiralität behauptete früher, das Schiff hätte nicht zum Kentern kommen dürfen, wenn die Wallgänge (von denen Neben eine genaue Beschreibung giebt) geschlossen gewesen wären. Dies Versehen wurde einem Offizier aufgebürdet, der zum Hauptschuldigen gemacht werden sollte, Graf Monts. Das Kriegsgericht hat in der That festgestellt, daß während der Katastrophe die Kompartimente der einen Seite gegen die ausdrückliche Vorchrift offen gestanden haben. Das Gericht hat aber den Grafen Monts freigesprochen, weil es annimmt, daß derselbe seine Pflicht gethan hat, daß Unbehagen die Thüren wieder geöffnet haben, und daß nachlässigkeit ungenügender Kontrolle damit entschuldigt werden kann, daß bei der Unfertigkeit des „Großen Kurfürsten“ alle Offiziere ihre Aufmerksamkeit auf andere Dinge hätten richten müssen. — Als das Schiff sank, und durch die Boote des „König Wilhelm“, dagegen durch die „Preußen“, wurden die Personen gerettet und zwar durch den Kommandeur, der es für seine Pflicht gegen die Kameraden im Wasser verstanden, haltlos, unthätig zuzusehen, wie sie zu thun. Der Herr Admiralschiffchef hat das begünstigt, die Leute hätten sich reglementsmäßig verhalten. Dem Laien dagegen will nicht einleuchten, daß Hunderte von Menschen einem Reglement zu Liebe

untergehen müssen, jedenfalls nicht in friedlichen Zeiten, wo höchstens die Analogie des Manövers herangezogen werden kann. Herr von Stosch hat ferner für die enge Fahrordnung, die Herr Batsch anordnete, nicht nur seinen Tadel, sondern sogar Anerkennung gehabt, schon ehe das Kriegsgericht gesprochen; er sagte, bei einem schneidenden Offizier komme es vor, daß er sich etwas mehr erlaube. Unmittelbar nach dem verurtheilenden Spruch des Kriegsgerichts wurde dieser selbst Admiral zum Stellvertreter des Chefs der Verwaltung ernannt; ist in irgend einer Nation schon Derartiges vorgekommen? Ich leugne es. Das Kriegsgericht wenigstens hat nur das Verschulden des Admirals konstatiert und ein konturrentes Verdienst. Ein Erstaunen ging durch das ganze Land, als eben ganz kurze Zeit nach dem Urtheil wie zur Belohnung die Berufung zum Stellvertreter erfolgte — über seine Rängeerhöhung lasse ich mich hier nicht aus. — Die Thatsache ist, daß jetzt das System geleitet wird von Herrn v. Stosch, und daß der thatsächliche Vertreter der Verwaltung und sein Adjutant Herr Batsch und Kapitän Blank sind, eben jener Kommandeur der „Preußen“. Die Kollision war ja nicht die einzige. Schon im Vorjahre war Admiral Batsch bei zwei Unregelmäßigkeiten betheilig, deren eine, die Kollision mit einem englischen Feuerschiff, Beschädigungen beider Schiffe zur Folge hatte, und die doch zur Warnung dienen sollten. Stelle ich alle diese einzelnen Bedenken zusammen und halte ihnen gegenüber, daß der Chef der Verwaltung die gesammte Verantwortung auf seine Person übernommen hat, ohne den Admiralschiffsrath auch nur gutachtlich zu hören, so behaupte ich, die Gefahr für die Zukunft ist ebenso groß, wie die Schäden der Vergangenheit. In keiner Beziehung hat sich Herr von Stosch geneigt gezeigt, die guten Lehren aus diesen Vorgängen zu ziehen. Sichtbar wird dies daran, daß er den am stärksten von dem Urtheil des Kriegsgerichts betroffenen Offizier zu seinem Stellvertreter berufen hat. Es sollte das Geschwader vom 31. Mai 1878 eine schneidende Manifestation sein, daß Deutschland mit seiner Flotte viel schneller zur Stelle sein könne als die alten Seestaaten; vielleicht hat man dies England zeigen wollen; aber selbst wenn das Unglück bei Follstone nicht geschehen wäre, würde ein solches Unterfangen unverantwortlich gewesen sein. Ich gönne allen Betheiligten ihre Freisprechung resp. Begnadigung; was ich aber weder ihnen, noch dem Lande, noch der Flotte gönne, ist, daß sie ausgeschieden und mit verantwortlich für eine solche Administration gemacht werden. Das Mindeste, was wir nach so schweren Unglücksfällen fordern müssen, ist, daß fortan eine Organisation eingerichtet werde, welche die Wiederholung derartiger Vorfälle ausschließt, eine Organisation, in der nicht der Selbstwille den offenkundigen Thatsachen entgegengesetzt wird! (Beifall links.)

Chef der Admiralität, Staats-Minister von Stosch: Ich habe aus der Rede des Abg. Lasker nicht den Eindruck empfunden, daß die Veröffentlichungen unzureichend gewesen sind; er hat darin Stoff gefunden, die härtesten Anklagen gegen Personen und Dinge vor dem ganzen Lande auszusprechen. Die Urtheile über Personen neben mir berühren ich augenblicklich nicht, nur ein Wort sage ich vorweg: als nach dem fähen Schreck, der dem Unglück folgte, in der Marine der Ruf „System Stosch“ erscholl, und dieser Gesanke weiter ausgeführt wurde, da ging es, wie wenn ein Gefecht verloren geht, der kleinmüthige und schlechte Soldat, der nicht das Gefühl hat, alle seine Kräfte einzusetzen, dem General den Verräther an den Kopf wirft, und nun dauernd alle Kraft darauf verwendet, diesen Ausspruch wahr zu machen. In der Art ist man auch hier aufgetreten, die Ehre der Truppen hat dem nicht am Herzen gelegen, der so die Öffentlichkeit benutzte, um der Marine Flecken auf Flecken aufzulegen. — Der Ausspruch, daß der Inspektor zu meiner Zeit abgeschafft worden ist, beruht auf einem Irrthum; bei der Organisation der Marine im Jahre 1861 wurde das Oberkommando neben dem Marine-Ministerium eingefügt. Später gewann man die Ueberzeugung, daß diese Organisation falsch sei, und der Oberkommandirende stellte selbst den Antrag, diese Stelle aufzulösen. Das geschah 1870 bei Beginn des Krieges, und als nach demselben mit der Rückkehr des Prinzen Albrecht, des damaligen Inspektors, die Frage neu erwogen wurde, erklärte er sie als eine durchaus falsche Maßregel. In Folge dessen behielt der Prinz zwar die Inspektion, jedoch nur als Ehrenamt; Einfluß irgend welcher Art war ihm nicht eingeräumt. Als der Prinz starb, wurde gerade aus diesem Grunde zuerst die Forderung laut, diesen Posten zu streichen. Der Vergleich unserer Marine mit der englischen und französischen, die bloße Zulässigkeit solchen Vergleichs ist außerordentlich zweifelhaft, und ich erachte ihn für eine besondere Ehre, denn die deutsche Marine ist ein Zwerg gegen jene, und deshalb ist es so wunderbar, daß man immer den Admiralschiffsrath citirt. Dieser hat doch nur dann einen Sinn, wenn er aus Leuten besteht, die nicht die Ausführung haben. Wir haben heute drei Admiräle, und es kann in der Verwaltung gar nichts vorkommen, ohne daß diese gehört werden. Wenn ich den Admiralschiffsrath zusammenberufe, so höre ich doch nur, was ich schon weiß, und stehe höchstens einer Majorität gegenüber, gegen die ich mich zu wehren, oder der ich beizutreten habe. Die Verantwortlichkeit liegt in mir und in mir allein. Ich glaube noch keine größere Maßregel erlassen zu haben, ohne die Herren vollständig unterrichtet zu haben. Der Vorwurf der Nichtberufung beruht also auf völliger Unkenntnis der Personen und Dinge. Was das Unglück selbst betrifft, so freue ich mich, immer wieder gehört zu haben, daß die reglementarischen Bestimmungen vorhanden waren, welche dazu dienen, ein Schiff zu schützen und gegen Kollisionen sicher zu stellen. Die Zusammenstellung des Geschwaders und das Fertigwerden der Schiffe angehend, berufe ich mich auf die Veröffentlichung, in der gesagt ist, das Kriegsgericht habe voll anerkannt, daß die Schiffe seetüchtig waren. Mehr kann ich nicht sagen, und wenn auf einem Schiffe noch bis zuletzt Arbeiten im Gange gewesen sind, so frage ich Jeden, der ein neues Haus bezieht, wie viel er daran noch zu thun hat bis er sich darin wohlfühlt. Wenn die Besatzung auf ein neues Schiff kommt, so sind das 600 Mann; ehe die sich völlig einrichten, vergeht eine gewisse Zeit, und ich behaupte, es geht kein neues Schiff aus, auf dem sich nicht bis zur letzten Stunde Arbeiter befinden. Sehr wunderbar war mir der Vorwurf, daß kein Bericht Seitens des Herrn Batsch über die Inspektion eingeschickt worden ist. Die Sache liegt ganz einfach. Wenn der Admiral ausgeht, hat er die Schiffe zu inspizieren, ist er ausgegangen, so fertigt er den Bericht an und schickt ihn dann von der nächsten Hafenstation an die Admiralität. Der nächste Hafen war binnen acht Tagen zu erreichen; nach zwei Tagen trat der Unglücksfall ein, und da hatte der Bericht keinen Werth mehr. Die Fahrordnung anbetreffend, so sind ja in der Publikation die einzelnen Details dargelegt, und ich muß mich auf diesen Hinweis beschränken; zu einem Streite über eine technische Frage kann ich mich hier nicht verstehen. Als ich mich das letzte Mal hier äußerte, habe ich von der ungemein überraschenden Thatsache, daß am Morgen des 31. Mai am Steuerruder ein Personenwechsel stattgefunden hatte, noch nichts gemerkt; erst bei der kriegsgerichtlichen Verhandlung ist dies zum Vorschein gekommen. Es ist dort dargelegt worden, daß durch irgend eine Rücksicht auf den Dienst eine ganz untergeordnete Instanz, nämlich ein Unteroffizier, auf seinen Kopf den Wechsel vorgenommen hat, ehe er dazu autorisirt war, veranlaßt allerdings durch den Ausspruch eines Lieutenants. Es ist behauptet worden, daß der Offizier, der dieses Verbrechen begangen hat, mein Schwiegersohn sei. Dieses Streben, mich persönlich zu verwickeln, geht ja durch die ganze Opposition — es ist nicht mein Schwiegersohn. Im Uebrigen habe ich früher keines Menschen Schuld ausgesprochen, ich habe nur ausgesagt, wenn Jeder seine Schuldigkeit gethan hätte, so wäre das Unglück nicht passiert, eine Schuld persönlicher Art auszusprechen, ist mir nicht eingefallen. Wenn Sie sich über diese Frage orientiren wollen, so empfehle ich Ihnen einen Artikel der „Kölnischen Zeitung“ von heute Morgen, welcher technische Klarstellungen enthält, die mir selbst überraschend waren. (Gört, hört! links.) Wenn ich jetzt nochmals auf die „Preußen“ zurückkomme, so thue ich es nur, weil ich den scharfen An-

griffen des Abg. Lasker, wozu ihm jede Unterlage fehlt, entgegenzutreten muß. Das Kriegsgericht hat ausgesprochen: der Kommandant hat seine Schuldigkeit gethan. Was ferner die Zahl der Kollisionen betrifft, die vorgekommen sein sollen, so kann ich statistisch nachweisen, daß die Zahl der Unglücksfälle in der deutschen Marine gegen die anderer Marinen gering ist. Ich hätte überhaupt erwartet, daß der Abg. Dr. Lasker, der es sonst an Fleiß für seine Nebenmenschen nicht läßt, sich auch in diesem Falle das nöthige Material verschaffen hätte. Auch das Unglück des „Friedrich der Große“ haben wir richtig und sachlich erledigt; die Hauptschuld trifft den dänischen Lootsen in Gwätern, wo der Kommandant so gut wie gar nicht Bescheid wissen braucht. In Bezug auf die Vorwürfe gegen die Verwaltung bin ich mir bewußt, meine Schuldigkeit gethan zu haben, und ich glaube, es gilt in der Marine keinen Offizier, es giebt Niemanden, der nicht mit vollem Vertrauen der heutigen Zeitung sich hingiebt und freudig deren Anordnungen ausführt. Mit Stolz darf ich auf die Leistungen der deutschen Schiffe hinweisen, die wo sie auch im Auslande erschienen sind, Ehre eingelegt und unseren Ruf bewahrt haben. Wenn hier mir der Vorwurf gemacht worden ist, daß das Material unzureichend ist, so möchte ich hohle ich, daß ich schon im vorigen Jahre darauf hingewiesen habe, daß das einzige Mittel zur Hebung dieses Mangels die verlängerte Dienstzeit ist, und es freut mich, gerade von jener (der linken) Seite des Hauses einen Tadel, der diesen Umstand trifft, zu hören. Ich werde versuchen, den Antrag einzubringen, die Dienstzeit der Matrosen zu verlängern, womöglich bis zu der Höhe die in der französischen und englischen Marine üblich ist, nämlich bis zu sieben Jahren. Wenn die deutsche Marine in ihrer Unfertigkeit und Schnelligkeit ein Vorbild trifft, nehme ich ihn ruhig hin. Will sie überhaupt etwas leisten, die ihr gestellten Aufgaben lösen, so muß sie rasch zu Werke gehen. Leistungen des Einzelnen während der kurzen Dienstzeit müssen das Höchste geschraubt werden, wenn die Marine im Ernstfalle leistungsfähig sein soll, was von ihr gefordert werden muß. Jeder Offizier und Mann muß mit der ganzen Kraft, die er hat, hineingehen, weil er der kleinen Marine Erfolg und Ehre verschaffen und gönnen will. Abg. Dr. v. Bunsen: Ich glaube, daß es uns aus beiden Seiten, die wir eben gehört haben, erst recht klar geworden ist, daß uns der größten Bedachtsamkeit bei dieser Debatte zu befehligen haben, wegen des schmalen Fahrwassers und der Brackbojen, welche liegen, hat der Reichstag in dieser Frage eine sehr schwere Stellung. Der Antrag Sänel richtet seine politische Spitze gegen den Stellvertreter eines Reichsamts, darum wird es für uns fast unmöglich, für den Antrag zu stimmen, aber schwerer wird es uns auch, ihn abzulehnen, weil unsere vaterländische Marine von uns auf Händen getragen wird und nach dem großen Unglück, das sie und uns betroffen, wir einen so mageren und ungenauen Bericht erhalten haben, welcher man zufrieden stellen kann. Ich beantrage darum, den Antrag der Budgetkommission zu überweisen, welcher es vielleicht gelingen wird, uns denselben in verbesserter Redaction so vorzulegen, daß wir ihn annehmen können. Die Hauptanklage ist gegen den Chef des Geschwaders erhoben worden wegen der Uebereilung, mit der er zur See gegen die engen Straße und darum, daß ein Schiff nicht rechtzeitig gemeldet sei. Alle drei Vorwürfe scheinen mir unbegründet, der letztere ist auch bereits durch den Herrn Marineminister widerlegt. Was das kriegsgerichtliche Urtheil betrifft, so freue ich mich besonders darüber, daß ein so tüchtiger Offizier, welcher so Auserkennungen auch bei diesem Unglücksfall geleistet, welcher seine geistigen körperlichen Kräfte so über alles Maß angestrengt hat, wie Graf Monts, außer jeder Schuld erklärt worden ist. Ich bedaure, Herr von Stosch auch keinen Anlaß genommen hat, hier für die angegriffenen Offiziere, besonders auch für den Kommandeur des Schiffes „Preußen“ einzutreten. Auf die weiter hier erörterte Organisation gehe ich gar nicht weiter ein. Aber mir ist es sehr vorgekommen, als ob das viel angegriffene „System Stosch“ anders darin bestand, daß der Herr Minister in möglichst kurzer Zeit mit möglichst mäßigen Mitteln bestrebt war, etwas Uebermäßiges zu leisten und aus unserer kleinen Marine möglichst schnell eine Weltmarine zu machen. Es ist immer eine heisse Sache, über Personen öffentlich zu sprechen, aber das muß ich doch erklären, daß sowohl der Chef der Admiralität, als auch der Admiral Batsch im Schooße des Offizierskorps sich allgemein hoher Achtung erfreuen. Wenn leicht die Hoffnungen oder Erwartungen einzelner Persönlichkeiten Uebigen getäuscht worden sind, oder mit Einzelnen etwas rückfälliger aufgeräumt werden mußte, dann können Einem die Einzelnen viel mehr recht leid thun, der Reichstag aber darf sich nimmermehr zum Zeug ihrer Klagen machen. (Beifall.)

Chef der Admiralität v. Stosch bemerkt, daß er es für seine Pflicht hält, noch nachträglich zu erklären, daß Admiral Batsch ausgezeichnetster Offizier der Marine und auch als solcher allgemein anerkannt ist.

Abg. Dr. Sänel: Dahin sind wir also gekommen, daß statt über Materialien, über einzelne Personen uns unterhalten, habe stets davor gewarnt, das persönliche Interesse herbeizuziehen. Wir wollen nur Redenchaft darüber, wie sich die Verwaltungsvorschriften des Herrn von Stosch bewährt haben. Wir haben ein parlamentarisches Kontrollrecht und wollen denselben Gebrauch machen, indem wir die genaue Innegehalten zwischen den Rechten des militärischen Oberkommandos und der Verwaltungs-Verantwortlichkeit. Und nun bekommen wir wieder eine so ungenügende Antwort! Es handelt sich um die einfache konstitutionelle Frage: wie weit nimmt die Reichsregierung das wir gegenüber solchen Ereignissen ein Kontrollrecht haben? Dieser Frage giebt mein Antrag, der nicht persönlich gegen Herrn v. Stosch gerichtet ist. Ich habe meinen Antrag nicht an den Reichsminister gerichtet, weil das vielleicht als eine Beschwerde über Herrn v. Stosch beim Reichskanzler gedeutet werden könnte. Der uns vorgelegte Bericht schiebt die Fehler auf einzelne Personen. Wir aber wollen genau die Reglements und Vorschriften kennen lernen, die Herr v. Stosch vor und nach der Katastrophe erlassen hat. Wenn der Antrag einer Kommission überweisen wollen, dann sei es nicht die Budgetkommission, sondern die heut gewählte Kommission zur Rathung der Militär-Novelle. Der Antrag ist ein Probiestein, wie weit wir noch im absolutistischen System stehen, oder ob wir wenigstens die Rudimente des konstitutionellen Staats erlangt haben.

Abg. Windthorst: Bisher ist es immer Sitte gewesen, der Reichstag sich mit seinen Anträgen an den Reichskanzler zu wenden. Er allein ist verantwortlich. Wird der Antrag angenommen, so wird Fürst Bismarck uns nur einen kurzen Bericht über die Katastrophe geben zu lassen, dann müssen wir befriedigt sein, d. h. der Antrag deutet gar nichts. Ich werde demnach gegen ihn stimmen. Ich langte aber, daß wir uns als Revisionshof konstituiren sollen, in dies der Abg. Sänel in Abrede stellt. Ich muß es ablehnen, die Prüfung des kriegsgerichtlichen Urtheils einzutreten. Wir haben dabei immer das Kontrollrecht, das uns zusteht. Wenn eine Schlacht verliert, so ist kein Parlament zuständig, über den zu urtheilen. Ähnlich so liegt es hier. Ich beantrage daher, den Antrag abzulehnen. Ich will damit dem Herrn Marineminister ein Vertrauens- noch ein Mißtrauens-Votum erklärt haben und deshalb, weil mir die Ausführungen des Grafen Stolberg etwas selb waren.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen, es folgen noch verschiedene Bemerkungen der Abgg. Lasker, Sänel, Windthorst und Graf Stolberg, welcher konstatiert, daß dem Abg. Windthorst seine Ausführungen darum so dunkel vorkommen mußten, weil er während derselben nicht im Hause anwesend war. (Weiterkeit.)

Abg. Windthorst repliziert, daß es auch noch andere Erklärungen gebe, als die eigenen Ohren; er habe im Hause noch viele andere Ohren befreundeter Art, welche ihm über die Dunkelheiten Grafen Stolberg referirt haben. (Große Weiterkeit.)

Hierauf wird der Antrag Sänel abgelehnt.

Das Haus setzt die Berathung des Marine-Etats fort.
Bei Kap. 51 Tit. 1 der Ausgaben (Militärpersonen 42,900 Mark) beantragt Abgeordneter Dr. von Ohlen und Adlerscron ein-
setzen 1 Generalinspektor der Marine 36,000 Mark und bittet schließ-
lich, den Antrag wenigstens der Budgetkommission zur Prüfung zu
überweisen.
Abg. von Benda bekämpft diesen Antrag, während ihn Abg.
Laster unterstützt.
Abg. v. Kardorff: Ich verkenne nicht, daß ein richtiger Kern
in dem Antrage enthalten ist. Indessen befinden wir uns in einer
Uebergangsperiode, und wir wissen, daß die Leistungen unserer Marine
trotz der Unfälle sehr hervorragend sind. Ich erkläre mich deshalb
nicht für kompetent, schon heute einem solchen Antrage zuzu-
stimmen. In solchen Fällen den Reichstag die Initiative ergreifen zu
lassen, hat etwas Bedenkliches; überlassen wir das vielmehr der Regie-
rung. Es ist ein anomaler Zustand, in dem wir uns befinden, der
seine Bedenken nach allen Seiten hat. Die Debatten, wie sie bei
Gelegenheit des Etats der Marineverwaltung vorkommen, können dahin
führen, die Disziplin in der Marine zu lockern. Ich bin vorläufig nicht in
der Lage, mich auf den Antrag einzulassen; auch bitte ich, ihn nicht
der Budgetkommission zu überweisen.
Die Diskussion wird darauf geschlossen und der Antrag abgelehnt.
Das Haus vertagt sich sodann bis Freitag 1 Uhr. Tagesord-
nung: Etat, Gefesseltworte betr. Hauptpandrecht an Pfandbriefen
und betreffend Pfandrecht an Eisenbahnen. Schluß gegen 4½ Uhr.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 5. März.

r. [Der hiesige Ober-Postkassen-Res-
dant, Rechnungsrath Carl Ludwig Ambdr.]
feiert heute sein 50jähriges Dienstjubiläum. Derselbe wurde in
Wusterhausen an der Dosse geboren, widmete sich dem Postfache,
wurde am 5. März 1830 vereidigt, und im Jahre 1830 als
Ober-Postkassen-Resident nach Posen versetzt; seitdem hat er
unserer Stadt als Mitbürger angehört. Seine Pfllichttreue wurde
vom Staate durch Verleihung des Rother Adler-Ordens i. J.
1876 anerkannt, und zwei Jahre darauf ihm der Titel eines
Rechnungsraths verliehen. Der Jubilar erfreut sich voller körperlicher
und geistiger Frische und Gesundheit. Heute Morgen gegen
8 Uhr wurde demselben von den Sängern des hiesigen Post-
und Telegraphenbeamten-Vereins ein Ständchen gebracht; unter
den vorgetragenen Liedern befand sich auch ein von dem Tele-
graphen-Beamten Such für diesen Zweck speziell komponirtes und
dem Jubilar gewidmetes Lied. Zur Feier wird auch der frühere
hiesige Ober-Postdirektor Schiffmann aus Breslau erwartet.
Seitens seiner Vorgesetzten und Kollegen wurden dem Jubilar
im Laufe des Vormittags mannigfache anderweitige Anmerkun-
gen zu Theil.

r. Majestätsbeleidigung. Ein Schlossergefelle aus Liegnitz, ein
verkommenes Individuum, welcher Mittwoch Abends aus dem Mi-
tarposten auf dem Postamt wegen ungebührlichen Benehmens ver-
haftet und an die Hauptwache abgeliefert wurde, hat bei der Abfüh-
rung nach dem Polizeigefängnis beleidigende Worte über den Kaiser
und den Fürsten Bismarck geäußert.

r. Verurtheilter Selbstmord. Ein Schmiedegessele versuchte Mitt-
woch Abend, im angetrunkenen Zustande, von der Wallischebrücke in
die Warthe zu springen, um seinem Leben ein Ende zu machen, wurde
jedoch daran verhindert und zur Haft gebracht.

Staats- und Volkswirtschaft.

Königsberg i. Pr., 3. März. [Die Betriebseinnahme
der Ostpreussischen Südbahn] pro Februar 1880 betrug
nach vorläufiger Feststellung: Im Personenverkehr 50,238 M., im
Güterverkehr 189,986 M., an Extraordinarien 12,000 M., also im
Gesamten 252,224 M., gegen den Monat Februar 1879 64,194 M.
weniger. Vom 1. Januar bis ultimo Februar 1880 im Ganzen
572,618 M., gegen den gleichen Zeitraum des Jahres 1879 weniger
174,083 M.

Washington, 3. März. In dem heutigen Kabinettsrathe hob
Schatzsecretär Sherman hervor, die Silbercertifikate seien ein großes
Hinderniß für die Circulation der Silbermünzen, die in der Staats-
kasse beständig aufgehäuft blieben. — Sherman kaufte heute 6 prozentige
Bonds von 1880 und 1881 im Betrage von 2,516,000 Doll. und zwar
diejenigen von 1880 zu 103 und die von 1881 zu 105,85 & 105,87½.
London, 4. März. [Die gestrige Wollauktion] ver-
lief sehr animirt bei sehr hohen Preisen, besonders Philip- und
Schweignollen.

Telegraphische Nachrichten.

München, 4. März. Der Kronprinz Rudolf von Oester-
reich, welcher zwei Tage hier verweilte, hat heute Abend 7 Uhr
die Weiterreise nach Brüssel angetreten. Der König giebt dem-
selben bis Regensburg (bei Würzburg) das Geleite und kehrt mor-
gen früh 9 Uhr hierher zurück.

Wien, 4. März. Die „Polit. Korresp.“ veröffentlicht in
einer Meldung aus Konstantinopel authentische Details über die
vom Sultan genehmigte türkisch-montenegrinische Grenzlinie,
welche dem italienischen Gefandten, Grafen Corti, vorgelesen von
der Pforte offiziell mitgetheilt worden ist. — Die Bestattung
des an seiner Verwundung gestorbenen russischen Obersten Coma-
roff soll auf Anordnung des Sultans in feierlichster Weise und
unter Erweisung aller militärischen Ehren erfolgen.

Brüssel, 3. März. In der heutigen Sitzung der Repre-
sentantenkammer äußerte sich der Minister des Auswärtigen, Frère-
Orban, über den stattgehabten Meinungsaustausch mit dem Vati-
kan und hob dabei hervor, daß durch die Beibehaltung der Ge-
sandschaft bei dem päpstlichen Stuhle durchaus kein Zugeständ-
niß gemacht und nicht das geringste Recht aufgegeben worden sei.

Paris, 3. März. Die Kommission zur Vorberatung der
Rekrutierungsvorlage hat sich für die Aufhebung des Freiwilligen-
dienstes ausgesprochen, der Verlängerung der aktiven Dienstzeit
auf 40 Monate aber zugestimmt.

Newyork, 4. März. Die von der republikanischen Legis-
latur des Staates Maine für die Konvention in Chicago ge-
wählten Delegirten haben die Anweisung erhalten, für Blaine
als Kandidaten für den Präsidentschaftsposten zu stimmen.

Petersburg, 5. März. Nach einem der Bestätigung be-
dürftenden Gerüchte hätte das heute zusammengetretene Kriegs-

gericht den gestrigen Attentäter zum Tode mittelst Stranges ver-
urtheilt. Die Vollziehung fände morgen früh statt.

Verantw. Redakteur J. B. Dr. jur. Paul Hörner in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
4. Nachm. 2	738,3	SW mäßig	trübe	+ 5,7
4. Abnds. 10	745,9	W mäßig	halbbewölkt	+ 3,3
5. Morgs. 6	749,4	W mäßig	bedeckt	+ 3,1

Wetterbericht vom 4. März, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach Meeresniv. red. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
Aberdeen	743,7	W schwach	wolkenlos	9,4
Kopenhagen	742,3	WNW leicht	Nebel	1,6
Stockholm	737,6	N leicht	bedeckt	0,6
Saparanda	746,1	N leicht	bedeckt	-13,4
Petersburg	735,3	S still	Schnee	0,8
Moskau	749,1	DNW leicht	bedeckt	2,4
Corf	757,2	W schwach	wolfig	8,3
Brest	768,5	WNW mäßig	Dunst	9,5
Gelder	748,5	W schwach	wolfig	4,8
Solt	743,2	W leicht	halbbewölkt	2,5
Gamburg	744,6	WNW mäßig	bedeckt	5,4
Swinemünde	744,3	W leicht	Nebel	3,5
Neufahrwasser	743,6	SW still	bedeckt	3,5
Memel	739,1	WSW stark	bedeckt	2,2
Paris	760,1	WSW schwach	Regen	11,7
Krefeld	754,7	SW	Regen	10,4
Karlsruhe	752,8	SW stark	halbbewölkt	10,8
Biesbaden	747,4	W Sturm	wolfig	8,6
Raffel	757,2	W Sturm	Regen	8,0
München	745,5	SW leicht	Regen	7,1
Leipzig	745,0	SW mäßig	bedeckt	5,6
Berlin	754,4	SW frisch	bedeckt	10,8
Wien	748,1	SW leicht	bedeckt	7,8
Breslau				

1) Seegang mäßig. 2) Gestern Nachmittag kurzes Gewitter.
3) Abends Sturmböen mit Regen. 4) Grobe See, Nachts Regen.
5) Gestern Regen, Nachts stürmisch. 6) Gestrige Regenböen. 7) Nachts
Regen. 8) Nachts Regen.

Uebersicht der Witterung.
Das barometrische Minimum im Nordwesten, welches gestern Abend
und in der Nacht an der deutschen Küste schwere Böen, vielfach von
Gewittern und Hagelschauern begleitet, verursachte, scheint nordwärts
fortzuschreiten, während nördlich von Riga ein Minimum sich aus-
bildet. Im Nord- und Ostseegebiete ist das Wetter ruhig und etwas
kühler geworden und im Westen Aufklaren eingetreten, dagegen über
West- und Süddeutschland herrscht stellenweise voller Sturm mit stei-
gender Temperatur und ausgedehnten Niederschlägen, Nizza: Nord,
leicht, Dunst, Plus 8,7 Grad.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.		
Posen, am	3. März	Mittags 3,34 Meter.
	4.	3,24

Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 4. März. (Schluß-Course.) Schwach.
Lond. Wechsel 20,49. Pariser do. 81,26. Wiener do. 171,90. R.-M.
St.-M. 146½. Rheinische do. 157½. Hess. Ludwigsb. 105½. R.-M.-Pr.-Antb.
133½. Reichsanl. 99½. Reichsbank 155½. Darmstb. 151½. Meiningen
B. 101. Oest.-ung. Bf. 721,50. Kreditaktien*) 262½. Silberrente 61½.
Papierrente 60½. Goldrente 73½. Ung. Goldrente 86½. 1860er Loose
123½. 1864er Loose 307,00. Ung. Staatsl. 209,50. do. Oest.-Obl. II.
79. Böhm. Westbahn 190½. Elisabethb. 160½. Nordwestb. 143½.
Galizier 223. Franzosen*) 234. Lombarden*) 75½. Italiener
— 1877er Russen 87½. II. Orientanl. 59½. Centr.-Pacific 111.
Diskonto-Rommandit —. Elbthalbahn —.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 263, Franzosen 234, Ga-
lazier —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe —, 1860er Loose —.
III. Orientanleihe —, Lombarden —, Schweizer. Centralbahn —.

*) per medio resp. per ultimo.
Frankfurt a. M., 3. März. Effekten-Sozietät. Kreditaktien
162½. Franzosen 233½. Lombarden —, 1860er Loose 123½, Galizier
223½, Oesterr. Silberrente 61½, ungarische Goldrente 86½, II. Orientan-
leihe 59½, Oesterr. Goldrente 73½, III. Orientanleihe 59, Papierrente 60½,
1877er Russen —, Meiningen Bank —, Watt.

Wien, 4. März. (Schluß-Course.) Realisirungen und Blanko-
abgaben drückten, Schluß auf Berliner Notierungen matt.
Papierrente 70,67½. Silberrente 71,70. Oesterr. Goldrente 85,40.
Ungarische Goldrente 100,85. 1854er Loose 122,50. 1860er Loose
128,00. 1864er Loose 171,25. Kreditloose 178,75. Ungar. Prämienl.
112,70. Kreditaktien 297,00. Franzosen 272,00. Lombarden 88,25.
Galizier 260,50. Kasch.-Oderb. 124,00. Pardubitzer 130,00. Nordwest-
bahn 169,50. Elisabethbahn 188,00. Nordbahn 236,00. Oesterr.-
ungar. Bank 835,00. Türk. Loose 18,00. Unionbank 117,60. Anglo-
Aust. 155,40. Wiener Bankverein 152,10. Ungar. Kredit 279,00.
Deutsche Plätze 57,50. Londoner Wechsel 118,15. Pariser do. 46,90.
Amsterdamer do. 97,80. Napoleons 9,46½. Dufaten 5,56. Silber
100,00. Marknoten 58,12½. Russische Banknoten 1,24. Lemberg-
Gernowits 157,00.

Wien, 4. März. Abendbörse. Kreditaktien 297,80, Franzo-
sen 273,00, Galizier 260,75, Anglo-Aust. 154,80, Lombarden 87,80,
Papierrente 70,75, Oesterr. Goldrente 85,60, ungar. Goldrente 101,05,
Marknoten 58,12½, Napoleons 9,46, 1864er Loose —, Oesterr.-ungar.
Bank —, Nordbahn —, Fest.

Paris, 4. März. (Schluß-Course.) Fest, geschäftlos.
3proz. amortisirb. Rente 84,22½, 5proz. Rente 82,60, Anleihe
de 1872 116,22½, Stal. 5proz. Rente 80,95, Oesterr. Goldrente 74½,
Ung. Goldrente 86½, Russen de 1877 89½, Franzosen 583,75, Lom-
bardische Eisenbahn-Aktien 192,50, Lombard. Prioritäten 262,00, Türken
de 1865 10,87½, 5proz. rumänische Anleihe 73,00.

Credit mobilier 740, Spanier ext. 16½, do. inter. 15½, Suez-
kanal-Aktien —, Banque ottomane 552, Societe general 558, Credit
foncier 1085, Egypter 285, Banque de Paris 945, Banque d'escompte
783, Banque hypothecaire 648, III. Orientanleihe 60½, Türkenloose
—, Londoner Wechsel 25,25.

London, 4. März. Consols 97½, Italien. 5proz. Rente 80½,
Lombarden 7½, 3proz. Lombarden alte 10½, 3proz. do. neue —,
5proz. Russen de 1871 83½, 5proz. Russen de 1872 85½, 5proz. Russen
de 1873 84½, 5proz. Türken de 1865 10½, 5proz. fundirte Amerikaner

105½, Oesterr. Silberrente 61, do. Papierrente 61, Ungar. Gold-
rente 86, Oesterr. Goldrente 73½, Spanier 16½, Egypter 56½.
Preuss. 4proz. Consols 97½.

Platzfond 2½ pSt.
Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,64. Wien 12,05. Paris
25,45. Petersburg 24½.

Newyork, 3. März. (Schluß-Course.) Wechsel auf London in Gold
4 D. 84 C. Wechsel auf Paris 5,19½. 5pSt. fundirte Anleihe 103½.
4pSt. fundirte Anleihe von 1877 107½, Erie-Bahn 44½. Central-Pacific
111, Newyork. Centralbahn 131½.

Produkten-Course.

Köln, 4. März. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,00.
fremder loco 24,50, pr. März 23,90, pr. Mai 24,00, pr. Juli 23,70.
Roggen loco 19,50, pr. März 18,30, pr. Mai 18,30, pr. Juli 18,10.
Hafer loco 14,50. Rüböl loco 29,70, pr. Mai 28,80, pr. Oktober 29,00.
Bremen, 4. März. Petroleum rubig. (Schlußbericht.) Stan-
dard white loco 7,30 bez., pr. April 7,45 Br., pr. Mai 7,55 Br.,
per August-Dezember 8,25 Br.

Hamburg, 4. März. (Getreidemarkt.) Weizen loco fest, aber ruhig,
auf Termine fest. Roggen loco fest, ab ruh., auf Termine fester. Weizen
April-Mai 230 Br., 229 Gd., pr. Mai-Juni 231 Br., 230 Gd. Rog-
gen per April-Mai 168 Br., 167 Gd., pr. Mai-Juni 168 Br., 167 Gd.
Hafer still, Gerste flau, Rüböl ruh., loco 56½, pr. Mai 56½. Spiritus
lustlos, per März 51 Br., per April-Mai 50½ Br., pr. Mai-Juni 50½
Br., pr. Juni-Juli 50½ Br. Raffee ruhig, Umsatz 1500 Sack. Pe-
troleum rubig, Standard white loco 7,30 Br., 7,20 Gd., pr. März
7,15 Gd., per August-Dezember 8,30 Gd. — Wetter: Veränderlich.

Peft, 4. März. (Produktenmarkt.) Weizen loco ruhiger, Ter-
mine lustlos, pr. Frühjahr 14,40 Gd., 14,42 Br. Hafer per Früh-
jahr 7,68 Gd., 7,72 Br. Mais per Mai-Juni 9,00 Gd., 9,05 Br.
Rohrtraps per August-September 13½. — Wetter: Trübe. Die Do-
nau ist eisfrei, das Wasser ist gefallen, jede Gefahr ist beseitigt.

Amsterdam, 4. März. (Schlußbericht.) Weizen pr. Novem-
ber 305. Roggen pr. März 204, pr. Mai 208.

Amsterdam, 4. März. Bancajinn 54½.

Antwerpen, 4. März. Petroleummarkt (Schlußbericht.)
Raffinirtes, Type weiß, loco 18½ bez. u. Br., pr. April 19 Br., per
September 20 Br. per September-Dezember 20½ bez. u. Br. Rubig.

Leith, 3. März. Getreidemarkt. Markt sehr still. Weizen 1 Sh.
billiger. Andere Artikel unverändert.

London 4. März. Savannazucker Nr. 12, 25½. Schwach.

London, 4. März. An der Küste angeboten 8 Weizenladungen.

Glasgow, 4. März. Roheisen. Mixed numbers warrants
63 sh. 6 d.

Paris, 4. März. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. März pr. 100
Kilogr. 58,50, 7/9 pr. März pr. 100 Kilogramm 64,25. Weißer Zucker
Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. März —, pr. April —, pr. Mai-
August —, pr. September-Dezember —.

Paris, 4. März. Produktenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh.,
pr. März 33,60, pr. April 33,10, pr. Mai-Juni 32,40, pr. Mai-August
31,50. Mehl behaupt., pr. März 68,75, pr. April 68,75, pr. Mai-Juni
68,00, pr. Mai-August 66,50, Rüböl ruhig, pr. März 78,25, pr. April
78,50, pr. Mai-August 80,25, pr. September-Dezember 81,50. Spiritus
per März —, pr. April —, pr. Mai-August —.

Liverpool, 4. März. Baumwolle (Anfangsbericht.) Rhythma-
licher Umsatz 10,000 Ballen. Fest. Tagesimport 17,000 Ballen, da-
von 13,60 B. amerikanische, 4000 B. Peruan.

Liverpool, 3. März. Baumwolle. Schlußbericht. (Weitere Mel-
dung.) Amerikaner ½ d. theurer.

Definitiver Umsatz 10,000 B.

Marktpreise in Breslau am 4. März 1880.

Zeitungen	gute	mittlere	geringe Waare
der städtischen Markt-Deputation.	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. M. Pf.
Weizen, weißer	22 10	21 70	20 —
Weizen, gelber	21 50	21 30	20 40
Roggen, pro	17 50	17 30	16 90
Gerste, 100	17 20	16 60	15 90
Hafer, 100	15 20	15 —	14 40
Erbsen, Kilogr.	19 50	18 80	17 30

Pro 100 Kilogramm	fein	mittel	ordinäre
Raps	22 75	21 25	19 25
Rübsen, Winterfrucht	21 50	20 25	18 25
Rübsen, Sommerfrucht	21 25	19 25	16 25
Dotter	21 50	19 —	16 —
Schlagleinfaat	25 50	23 50	20 —
Safranaat	16 50	15 50	14 50

Kleefamen, schwacher Umsatz rother ruhig, per 50 Kgr. 44—53—62
35—39—46—50 M., weißer, unverändert, per 50 Kgr. 44—53—62
—74 M. hochfeiner über Notiz bez.

Rapsfuchen, unverändert, per 50 Kilogr. 6,50—6,70 M. fremde
6,10—6,30 M.

Leinfuchen, in ruhiger Stimmung, per 50 Kilo 9,50—9,70 M.
Lupinen, feine Dualität, höher gehalten, per 100 Kgr. gelbe 7,20
bis 8,00—8,40 M. blaue 7,10—8,00—8,30 M.

Thymothee, unverändert, per 50 Kilgr. 18—22—25 M.
Bohnen, ohne Angebot, per 100 Kgr. 20,50—22,50—23,00 M.

Mais, ohne Venderung per 100 Kgr. 14,60—15,00—15,60 M.
Weiden, mehr angeboten, per 100 Kilogr. 13,00—13,50—14,20 M.

Kartoffeln: per Sack (2 Neuschffel a 75 Kgr. Brutto = 150 Pfd.)
beste 3,00—3,50—4,50 M., geringere 2,50—3,00 M., per Neuschffel
(75 Pfd. Brutto) beste 1,50—1,75—2,25 M., geringere 1,25 bis
1,50 M. per 2 Str. 0,10—0,15 M.

Heu: per 50 Kilogr. 2,50 bis 2,80 M.
Stroh: per Schock 600 Kilogramm 19,00—22,00 M.

Mehl: ohne Venderung per 100 Kilogr. Weizen fein 30,50
—31,50 M. — Roggen fein 26,50 bis 27,50 M. Gausbuden 25,50
bis 26,50 M., Roggen = Futtermehl 10,90—11,80 M., Weizenkleie
10,20 bis 10,70 M.

Breslau, 4. März. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)
Kleefaat, rothe, matt, ordinär 24—30, mittel 32—
36, fein 40—44, hochfein 48—51.

Kleefaat, weiße ruhig, ordinär 35—45, mittl. 48—52, fein
55—65, hochfein 70—75.

Roggen: (per 2000 Pfd) still, Gefündigt —, Zentner,
Abgelaufene Ründigungscheine —, per März und per März-April
174 — Br. per April-Mai 176 — Br. per Mai-Juni 177,50 Br.

per Juni-Juli 178,50 Br. per Juli-August 173,50 Br.
Weizen: per März 218 Br. per April-Mai 223 Br. per Mai-Juni
227 Br.

Hafer: Gef. — Str. per März 148 Br. per April-Mai 150 — Br.
u. Gd. per Mai-Juni 153 — Br.

Raps: per März 235 Br. 232 Gd. per April-Mai 250 Br.
Rüböl: matt, Gefündigt —, Zentner, loco 55 — Br. per
März 53 Br. per März-April und per April-Mai 52,50 Br. per
Mai-Juni 53 — Br. per Juni-Juli 53,50 Br. per September-Oktober
56,50 Br. per Oktober-November 57 — Br. per November-Dezember
57,50 Br.

Petroleum: per 100 Kgr. loco u. per März 29,50 Br.
Spiritus: fest, Gef. —, Liter loco —, per März
und per März-April 59,60 bez. u. Gd. per April-Mai 60,10 bez. u. Gd.
per Mai-Juni 61 — Br. per Juni-Juli 61,40 Gd. per Juli-August
62,30 Gd., per August-September 62,50 Br.

Zink: ohne Umsatz.

Die Börsenkommission.

